

# Bundestagswahlkampf Neukölln 2017

## **Politische Ausgangssituation:**

Die Bundestagswahl findet in einer Zeit gesellschaftlicher Polarisierung statt. Einerseits gibt es einen Anstieg von Rassismus und den Aufstieg der AfD, die als erste Partei seit den 1950ern rechts von Union und FDP in den Bundestag einzuziehen droht. Sie verbreitet Rassismus, hat einen offenen, starken Nazi-Flügel und greift weit in die Gesellschaft aus. Andererseits gibt es aber viele, die sich der Rechtsentwicklung in der Gesellschaft – ob gegen Trump oder die AfD – entgegenstellen wollen. Wir wollen, den antirassistischen und antifaschistische Kampf weiterführen und damit diesen Menschen ein Angebot machen.

Die Polarisierung ist auch Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Die Parteien CDU, FDP, SPD und Grüne haben mit der Agenda-Politik die soziale Krise verschärft und machen Politik für die Konzerne und die Oberschicht. Niedriglöhne, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und steigende Mieten senken seit Jahren den Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung, während die Reichen immer reicher werden. Von SPD und Grünen-Spitzen ist kein fundamentaler Politikwechsel gegen diese unsoziale Politik im Interesse des Kapitals, ihre Kürzungspolitik in Europa und ihre Kriegspolitik zu erwarten. Die SPD macht trotzdem mit Martin Schulz einen Wahlkampf für Gerechtigkeit und höhere Löhne, d.h. auch dass sie sich praktisch in den Kampf für höhere Löhne (auch in Berlin) einsetzen muss. Der Kampf gegen Lohndumping muss eine Abkehr von der Agenda 2010 bedeuten. Um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass wir uns Verbesserungen nicht verschließen, aber wir gleichzeitig an unseren Grundsätzen festhalten, muss DIE LINKE Haltelinien und Mindestanforderungen an Regierungsbeteiligung formulieren

Die Ausgangssituation der LINKEN ist gut. Wir haben in den vergangenen Monaten viele Neumitglieder gewonnen und mit den Berliner Wahlen auch wieder einen Wahlerfolg verbuchen können.

In Neukölln wollen wir einen antikapitalistischen Wahlkampf führen für soziale Gerechtigkeit für alle und für die Reichensteuer, gegen die Agenda-Politik von Niedriglöhnen, Armutsrenten, Hartz IV, Leiharbeit und Befristungen. Gleichzeitig werde wir unser anti-rassistisches Profil schärfen. Wir müssen klar machen, dass wir die zuverlässigste und treibende politische Kraft im Kampf gegen den Rechtsruck sind. Wir kämpfen für ein starkes Ergebnis für DIE LINKE bei den Bundestagswahlen, für eine Schwächung der AfD. Wir sind uns bewußt, dass es darauf ankommt, weiter die gesellschaftliche Kräfteverhältnisse durch außerparlamentarische Bewegungen und Streiks nach links zu verschieben.

## **Unsere Wahlziele sind:**

1. maximale Aktivität und Mobilisierung der Mitgliedschaft
2. Wir wollen die die Wahlkampfzeit nutzen, um die Forderungen und Lösungen der LINKEN bekannt zu machen und das Profil der LINKEN als aktive, gesellschaftsverändernde Kraft zu schärfen.
3. maximale Gewinnung von neuen Mitgliedern, insbesondere von Frauen und Migrant\*innen, und weiterer Aufbau und Verankerung der Partei in Neukölln, auch im Süden, und in außerparlamentarischen Bewegungen
4. Maximale Erst- und Zweitstimmen

## **Soziale Gerechtigkeit**

### **Nein zu Niedriglöhnen! - Nein zum Hartz IV-System**

Wir brauchen regelmäßig Stände vor dem Jobcenter – Im Wahlkampf am besten jede Woche. Letztes Mal waren größere Aktionen sehr erfolgreich: Meckerzettel, Apfel und Ei, Kaffee etc. Da die AG Hartz derzeit nicht tagt, ist es Aufgabe des Wahlaktives und der Basisorganisationen, regelmäßige Stände hier sicherzustellen. Das Material der Kampagne „Das muss drin sein“ kann zur Anwendung kommen.

Die Linke fordert die Ersetzung von Hartz IV durch eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung von 1.050 Euro im Monat. Durch Hartz IV werden Erwerbslose in Billigjobs gedrängt. Deshalb verbinden wir die Forderung gegen Hartz IV mit den Forderung für bessere Arbeitsplätze. Darunter eine deutliche Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro, das Verbot von sachgrundloser Befristung und das Verbot von Leiharbeit.

### **Gute Arbeit, Millionärssteuer und ein solidarisches Gesundheits- und Bildungssystem - Streikbewegungen unterstützen!**

Auch im Jahr der Bundestagswahl wird es zu Streikauseinandersetzungen kommen. Insbesondere an den Schulen und Krankenhäusern gibt es viel Konfliktpotential. Eventuelle Streikbewegungen begleiten wir solidarisch. Wir teilen die Forderung nach guten Arbeitsverhältnissen und fordern die Besteuerung der Reichen zu Ausfinanzierung des Bildungs- und Gesundheitssystem.

### **Mieten runter!**

Der Fall Holm hat gezeigt, dass ein Politikwechsel in der Wohnungspolitik in Berlin alles andere als ein Selbstläufer ist. Gegen das Private Eigentum an Mietwohnungen und die Spekulation stelle wir den Ausbau öffentlicher, bezahlbarer Wohnungen und einen Mietenstopp. Unsere Partei muss jetzt auch im Senat liefern. Dazu braucht es Druck von außen. Das werden wir nur erreichen, wenn wir uns nicht auf die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung verlassen oder Hoffnungen in eine sozialere Wohnungspolitik der neuen rot-rot-grünen Landesregierung setzen. Stattdessen müssen wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen und gemeinsam mit Mieterinitiativen den Widerstand auf der Straße in den Kiezen organisieren Denn große Erfolge können nur außerparlamentarisch erkämpft werden, wie zum Beispiel der Mietenvolksentscheid, die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe in Folge eines Volksentscheides und der Tarifvertrag für Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung an der Charité in Folge von Streiks zeigen. Auch die Proteste der Mieterinis und der Studierenden der Hu haben gezeigt, dass es Potential gibt. Wir sollten daran mitwirken, dass um einzelne Projekte Konflikte geführt werden. So könnten wir beispielsweise Kundgebungen an Baustellen für Luxuswohnungen abhalten. Bündnispartner mit hohen inhaltlichen Schnittmengen gibt es dabei mit Initiativen wie Kotti und Co, „Zwangsräumungen verhindern“ oder dem Bündnis „Keine Rendite mit der Miete“ und „Bezahlbare Mieten Neukölln“.

Eine Verbesserung der Bundesgesetze zum Kündigungsschutz, die Abschaffung der Sanierungsumlage, sowie eine Wohnungsbauförderung nur für kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind überfällig.

### **Aufstehen gegen Rassismus. Kein Fußbreit den Nazis!**

Die AfD hat bei den Abgeordnetenhaus und BVV-Wahlen auch in Neukölln stark abgeschnitten. Sie stellt mit Andreas Wild einen Nazi als Direktkandidat auf. Das skandalisieren wir und reißen der AfD

weiterhin die bürgerliche Maske vom Gesicht. Wir kämpfen im Vorfeld von Mehrparteienpodien darum, dass Andreas Wild nicht eingeladen wird. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Ein Teil der Nazi Szene in Neukölln geht im Windschatten des Aufstiegs der AfD, bei gleichzeitiger eigener organisatorischer Schwäche, zu offener Gewalt über. Immer wieder werden wir gezwungen sein, uns den Nazis und rechtem Terror auf der Straße entgegenzustellen.

Wie auch bisher kämpfen wir für einen breiten, vielfältigen Protest unter Einschluss der anderen Parteien, Gewerkschaften, Migrant\*innen, Religionsgemeinschaften und Initiativen gegen die AfD in Neukölln. Bei der Mobilisierung gegen die AfD und andere Neofaschisten setzen wir auf die bewerte Zusammenarbeit mit dem „Bündnis Neukölln“, „Aufstehen gegen Rassismus“ und auch mit dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung im Kampf gegen die sogenannten "Lebensschützer", die erkämpfte Frauenrechte, insbesondere das Recht auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft und vielfältige Familienmodelle, massiv angreifen. Am 16.09.2017 werden wir uns ihnen erneut entgegenstellen.

„Blaue Sack Aktionen“ oder andere Begleitungen der Infostände der AfD haben sich im letzten Wahlkampf bewehrt. Wir empfehlen, dass die lokalen Auseinandersetzungen in den Rahmen der bundesweiten Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ gestellt werden, unterstützen aber selbstverständlich auch alle anderen Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Rechts (Menschenverachtung) stellen.

Um den Widerstand gegen die AfD auch überregional sichtbar zu machen, mobilisieren wir zu den Protesten gegen den Bundes-Parteitag der AfD im April in Köln am 22./23.4.

Neben Bündnismaterial sollten wir auch eigenes Material zum Thema Rassismus verwenden und unser Plakat aus dem Abgeordnetenhauswahlkampf wiederverwenden.

Lokal wird es auch immer wieder Zuspitzungen rund um die BVV geben. In der BVV tendieren SPD und Grüne mehrheitlich dazu eine naive Appeasement- Politik zu betreiben, wie die Enthaltungen bei der Wahl des Stadtrats gezeigt haben. Die Neuköllner CDU hat einen massiven Rechtsruck erlebt und läuft der AfD hinterher. Die etablierten Parteien tragen auch eine Mitverantwortung für den Aufstieg der AfD, denn immer wieder verbreiten Unions-Politiker oder Sozialdemokraten wie Heinz Buschkowsky und Thilo Sarrazin rassistische Stimmungsmache oder verschärfen das Asylrecht.

Derzeit wird das Asylrecht nach Genfer Flüchtlingskonvention, aufgrund des Flüchtlingsdeals der deutschen Regierung mit der Türkei, ausgehebelt. Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei muss aufgekündigt werden.

## **Solidarität mit allen Geflüchteten, Muslimen, Migrantinnen und Migranten**

Wir sagen Nein zu Obergrenzen für Geflüchtete und zu Abschiebungen. Nicht die Menschen, die fliehen sind das Problem, sondern die Kriege, Armut und Vertreibung und die Festung Europa, an deren Grenzen immer mehr Menschen unmenschlich ertrinken.

Wir stehen an der Seite von Geflüchteten und von Muslimen und verteidigen ihre sozialen Rechte und ihre Religionsfreiheit gegen die Angriffe von Rechts. Wir fordern das Wahlrecht für alle, die hier leben, verteidigen die doppelte Staatsbürgerschaft und setzen uns für gleiche Rechte für alle ein, d.h. Arbeitsrecht und Wohnungen für Geflüchtete.

Die Hangars auf dem Tempelhofer Feld müssen sofort aufgelöst werden und die Menschen in Wohnungen untergebracht werden. Die Alternativen für menschenwürdige Unterbringung müssen genutzt werden, allein 1,3 Millionen Quadratmeter Büroflächen stehen leer, die schnell in Wohnungen umgewandelt werden könnten. Auch in Neukölln gibt es Flächen, wie z.B. das Gelände der ehemaligen Frauenklinik.

Eine Ausnahme beim Mindestlohn fördert Lohndumping und Rassismus und ist Wasser auf die Mühlen der AfD.

Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa! Frontex muss abgeschafft werden und durch koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden.

### **Menschen vor Profite: Gegen Konzernmacht und Krieg**

Die Mobilisierung gegen den G20 Gipfel am 7./8 Juli könnte eine der größten Bewegungen des Wahljahres werden. Angeknüpft kann dabei werden an die erfolgreichen Proteste in Heiligendamm, an die Blockupy-Bewegung und die Anti-TTIP-Bewegung und die laufenden Proteste gegen Trumps rassistische und sexistische, kriegerische Politik. Wir mobilisieren gegen das Treffen der Mächtigen, Gegen Trump, Merkel, Erdogan, Putin, gibt es ein großes Mobilisierungspotential – gegen Kriegspolitik und Unterdrückung. Für DIE LINKE ist das eine große Chance unser antikapitalistisches Profil zu schärfen und über die Mobilisierung Mitglieder zu gewinnen.

### **Anti-Krieg, Frieden**

In diesem Jahr wurde der größte Kriegshaushalt seit Bestehen der Bundesrepublik verabschiedet. Die Bundeswehr wird mit immer weiter zu einer Interventionsarmee umgebaut. Noch während der Einsatz in Afghanistan fortgesetzt wird, begibt sich die Bundeswehr in Mali zunehmend in den nächsten Krieg. Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, der seit 2001 geführt wird, hat die Ursachen von Terror nicht beseitigt, sondern verschärft, da er selbst Terror gegen die Zivilbevölkerung ist. In Neukölln haben die Kandidat\*innen von CDU und SPD allen Bundeswehr-Einsätzen zugestimmt. Wir wollen im Vorwahlkampf eine Veranstaltung zu der verheerenden Bilanz des sogenannten „Krieg gegen den Terror“ ausrichten. Unsere konsequente Anti-Kriegshaltung bleibt ein Alleinstellungsmerkmal der Linken. Die Antikriegshaltung muss eine rote Haltelinie möglicher Regierungsbeteiligung sein. Anti-Kriegs-Tag am 1. September.